



Geschäftsbericht 2009

	Seite
Vorwort	3
I. Kassenleitung, Investment-Consulting, Kontrolle und Aufsicht	4
II. Jahresbericht 2009	
1. Das Geschäftsjahr in der Kurzübersicht	5
2. Gesetzliche Grundlagen	5
3. Versicherungsbedingungen	
3.1 AHV/IV und Pensionskasse	5
3.2 Verzinsung der Sparguthaben	6
3.3 Technischer Zins	6
3.4 Umwandlungssätze	7
3.5 Beiträge	7
3.6 Invaliditätsversicherung	7
4. Vermögensverwaltung	
4.1 Allgemeines	8
4.2 Anlagebedingungen	8
4.3 Anlageergebnis	9
5. Teuerungsausgleich auf den Renten	11
6. Gesetzliche Wohneigentumsförderung	11
7. Informationstätigkeiten	12
8. Berichts- und Rechnungsabnahme	12
III. Bilanz per 31. Dezember 2009	13
IV. Betriebsrechnung 2009	14
V. Anhang zur Jahresrechnung 2009 (Auszug)	
1. Grundlagen und Organisation	16
2. Aktive Versicherte und Rentner	18
3. Art der Umsetzung des Zwecks	19
4. Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze; Stetigkeit	23
5. Versicherungstechnische Risiken/ Risikodeckung/ Deckungsgrad	25
6. Erläuterungen zu Vermögensanlage und Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage	31
7. Erläuterungen weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung	38
8. Auflagen der Aufsichtsbehörde	40
9. Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage	41
10. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	42
VI. Bericht der Kontrollstelle	43
VII. Statistik	44

9.96 Prozent (!). Diese erfreuliche Zahl steht für die von unserer Kasse im Jahr 2009 insgesamt erzielten Anlageerträge und -gewinne.

Nachdem im Vorjahr die Finanzkrise auch unserer Kasse einen erheblichen Vermögensverlust eingebracht hatte, konnte im Jahr 2009 dieser Verlust zu einem beträchtlichen Teil wieder aufgeholt bzw. ausgeglichen werden. Der zu Jahresbeginn bestandene Deckungsgrad von 94.8 Prozent erhöhte sich bis zum Jahresende auf knapp 102.3 Prozent. Die damit wieder auf über 100 Prozent angestiegene Deckung erlaubte es, von der als Sanierungsmassnahme vorerst beabsichtigten Nullverzinsung der Sparguthaben der aktiven Versicherten Abstand zu nehmen und eine Verzinsung von 2 Prozent zu gewähren.

Zu Jahresbeginn hatten zahlreiche Finanzanalysten vom Ende des Finanzsystems und von einer grossen Depression wie in den 1930er-Jahren gesprochen. Ab Frühjahr jedoch erholten sich die Aktienmärkte zusehends und das Vertrauen in diese kam – wenn auch nur zögerlich – zurück. Weltweite Interventionen der Zentralbanken bewirkten, dass eine genügend hohe Liquidität vorhanden war, was schliesslich zur positiven Wende führte.

An der Umsetzung der aktuellen Anlagestrategie (Strategie 2011) wurde trotz andauernder, teils hoher Marktvolatilitäten konsequent festgehalten. Die praktizierte Aufgabenteilung zwischen Stiftungsrat (Strategie), Anlagekommission (Taktik) sowie Geschäftsführung (Vollzug) mit bedarfsgerechter Unterstützung durch den Anlageexperten bewährte sich.

Das gute Anlageergebnis 2009 darf indes nicht Anlass dazu sein, massgebende versicherungstechnische Rahmenbedingungen in Frage zu stellen oder zu ändern. Das finanzielle Gleichgewicht der Kasse muss weiterhin absolut im Vordergrund stehen. Zusätzliche Leistungen (wie z.B. Teuerungszulagen an Rentner oder erhöhte Anwartschaften für aktive Versicherte) sind nur dann denkbar, wenn diese solide und nachhaltig finanziert werden können.

Ausgerichtet auf die von der Kasse anlagepolitisch benötigte Risikofähigkeit, die von der Anlagestrategie her bedingt ist, beträgt der Ziel-Deckungsgrad 115 Prozent (100 Prozent für die Deckung der Verpflichtungen zuzüglich 15 Prozent Wertschwankungsreserve). Erreicht werden konnte dieser Zielwert in der Vergangenheit allerdings noch nicht. Im Zeitraum der zurückliegenden zehn Jahre kam die durchschnittliche Anlagerendite lediglich auf 2.79 Prozent zu stehen. Die notwendige Mindestrendite (Sollrendite) wurde damit im Mittel um rund 1 Prozentpunkt jährlich unterschritten. Die Ursache dafür liegt insbesondere in unzureichenden Aktienrenditen und tiefen Zinsen bei den Staatsanleihen.

Dennoch bilden Aktien nach wie vor ein wichtiges und unverzichtbares Anlagesegment. Die nicht bzw. nur geringfügig vorhandene Wertschwankungsreserve und die entsprechend fehlende Risikofähigkeit erlauben es der Kasse aber einstweilen nicht, die in der Anlagestrategie vorgesehene Aktienquote auszuschöpfen. Die Ausschöpfung darf – risikoadäquat – erst dann erfolgen, wenn die Wertschwankungsreserve genügend hoch ist und mit ihr jederzeit mögliche, auch stärkere Marktverwerfungen aufgefangen werden können. Dem Aufbau der Wertschwankungsreserve kommt daher hohe Priorität zu.

Bezüglich weiterer Informationen – neben denen im vorliegenden Bericht – möchten wir Sie auf unseren Internetauftritt (<http://www.pkrhb.ch>) hinweisen.

Für die Beantwortung von Fragen stehen wir Ihnen auch sehr gerne persönlich zur Verfügung und freuen uns auf Ihre Kontaktnahme.

Präsident des Stiftungsrates:
Marco Margadant

Geschäftsführer:
Urs Brunett

I. Kassenleitung, Investment-Consulting, Kontrolle und Aufsicht

Leitendes Stiftungsorgan (Stiftungsrat) ¹⁾

Amtsdauer 2006-2009

Arbeitgebervertreter

Andreas Bass	Leiter Stab/Unternehmensentwicklung Rhätische Bahn AG (RhB), Chur
Silvio Briccola	Leiter Finanzen RhB, Chur, Vizepräsident ²⁾
Benno Burtscher	Verwaltungsrat RhB, Valbella
Tino Zanetti	Konsultativrat RhB, Li Curt/Poschiavo

Arbeitnehmervertreter

a. Schweizerischer Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband (SEV)

Aldo Bellasi	Leiter Betrieb Region Davos/Albula, Produktion RhB, Davos Platz
Marco Margadant	Leiter Netzplanung und -steuerung, Produktion RhB, Chur, Präsident ²⁾

b. Christliche Gewerkschaft Service public und Dienstleistungen Schweiz (*transfair*)

Robert Kalberer	Leiter Konstruktionsschlosserei, Erneuerung Schienenfahrzeuge, Rollmaterial RhB, Wangs ³⁾
-----------------	---

c. Nicht im SEV und nicht bei *transfair* organisierte Arbeitnehmer

Karl Baumann	Ingenieur (Leiter Kunstbauten), Infrastruktur RhB, Bonaduz
--------------	--

Sekretär

Silvio Hermann	Leiter Vorsorge Pensionskasse, Finanzen RhB, Igis
----------------	---

Geschäftsführer ¹⁾

Urs Brunett	Leiter Löhne/Dienste, Finanzen RhB, Zizers ⁴⁾
-------------	--

Anlageexperte (Investment-Consultant)

PPCmetrics AG, Zürich, vertreten durch lic. oec. HSG Werner Strebel, Partner

Kontrollstelle (Revisionsstelle)

PricewaterhouseCoopers AG, Chur

Experte für berufliche Vorsorge

Hewitt Associates SA, Zürich, vertreten durch

- Theodor Keller, Eidg. dipl. Pensionsversicherungsexperte (bis 30. Juni 2009)
- Urs Schaffner, Eidg. dipl. Pensionsversicherungsexperte (ab 1. Juli bis 31. Dez. 2009)
- Gabriele Schmid, Eidg. dipl. Pensionsversicherungsexpertin (ab 1. Januar 2010)

Aufsichtsbehörde

Ostschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht, St. Gallen

1) Zeichnungsart: Mitglieder des Stiftungsrates und Geschäftsführer Kollektivunterschrift zu zweien

2) Mitglied der Anlagekommission

3) Vertritt *transfair* als Mitglied des SEV

4) Mitglied der Anlagekommission mit beratender Stimme

1. Das Geschäftsjahr in der Kurzübersicht

Mit dem Berichtsjahr (1. Januar bis 31. Dezember 2009) erfüllte die Pensionskasse der Rhätischen Bahn ihr 20. Geschäftsjahr als selbständige Personalvorsorge-Stiftung. Für den Stiftungsrat als leitendes und verantwortliches Organ war es das vierte und letzte Amtsjahr im Rahmen der Amtsperiode 2006 bis 2009.

Der Stiftungsrat trat, verteilt über das ganze Jahr, zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen. In der Hauptsache standen folgende Traktanden zur Behandlung:

- Bericht und Rechnung des Jahres 2008
- Vermögensanlage;
 - Umsetzung der Anlagestrategie, gültig ab 2008
 - Überwachung der laufenden Anlagetätigkeiten (Controlling)
 - Anlageplan 2010
 - Immobilientausch mit der RhB
- Überwachung der Massnahmen gegen die Unterdeckung und Verfolgung der Entwicklung des Deckungsgrades
- Revision des Vorsorgereglements in den Bereichen Beiträge und Invaliditätsversicherung

Die Vorbereitung der Geschäfte des Stiftungsrates wie auch die Ausführung von dessen Beschlüssen lag – soweit nicht der Anlagekommission vorbehalten – im Zuständigkeitsbereich des Geschäftsführers.

Die Anlagekommission, bestehend aus zwei Mitgliedern des Stiftungsrates und dem Geschäftsführer (letzterer mit beratender Stimme), hielt über das Jahr acht Sitzungen ab. Hinzu kam eine Zusammenkunft mit Bankenvertretern und dem Anlageexperten zwecks Berichterstattung und Informationsaustausch. Der Anlagekommission sind – unter der Oberaufsicht des Stiftungsrates – die zentralen Steuerungs-, Koordinations- und Überwachungsfunktionen im Anlagebereich übertragen.

Das Geschäftsergebnis fiel erfreulicherweise wesentlich besser aus als dasjenige des Vorjahres. Zwar hatte sich nach Jahresbeginn die Situation noch weiter verschlechtert, doch trat dann im zweiten Quartal eine entscheidende Erholung ein. Diese hielt bis zum Jahresende an. Entsprechend bewegte sich der Deckungsgrad wieder kontinuierlich nach oben.

2. Gesetzliche Grundlagen

Rechtswirksame Beschlüsse auf der Ebene der Gesetzgebung, welche bedeutende Auswirkungen auf unsere Kasse hätten, erfolgten im Berichtsjahr keine.

3. Versicherungsbedingungen

3.1 AHV/IV und Pensionskasse

Auf den 1. Januar des Berichtsjahres wurden die AHV/IV-Renten um 3.2 % erhöht (Anpassung an die Lohn- und Preisentwicklung). Der Betrag der maximalen AHV-Altersrente stieg

von CHF 26'520 auf CHF 27'360 jährlich. Dies hatte unmittelbare Auswirkungen auf die reglementarischen Werte unserer Kasse, die mit den AHV/IV-Renten im Bezug stehen.

3.2 Verzinsung der Sparguthaben

Die Höhe des jährlichen Zinssatzes für die Verzinsung der reglementarischen Sparguthaben (Vorsorgekapitalien) der aktiven Versicherten wird durch den Stiftungsrat festgelegt. Massgebend ist die Ertragslage der Kasse. In der Regel nicht unterschritten werden darf der vom Bundesrat vorgegebene Mindestzinssatz für die Verzinsung der Altersguthaben in der obligatorischen Mindestvorsorge nach dem Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG). Entsprechend diesem Mindestsatz wurden im Jahr 2009 die Sparguthaben mit 2 % verzinst (Vorjahr 2.75 %).

Der Entscheid zu Gunsten dieser Verzinsung war indes erst möglich, als davon ausgegangen werden konnte, dass der Deckungsgrad per Jahresende wieder mehr als 100 Prozent erreichen würde. Aufgrund der zu Jahresbeginn bestandenen Unterdeckung hatte – im Sinne einer Sanierungsmassnahme – vorerst eine so genannte Nullverzinsung (Zinssatz 0 %) ins Auge gefasst werden müssen. Eine Null- oder Minderverzinsung ist bei Vorsorgeeinrichtungen mit mehr als nur der minimalen obligatorischen Vorsorge nach dem so genannten Anrechnungsprinzip zulässig, soweit die Erbringung der gesetzlichen Mindestleistungen nicht in Frage gestellt ist. Per 31. Dezember 2009 erreichten die überobligatorischen Sparguthaben insgesamt etwas mehr als 83 % der obligatorischen Altersguthaben.

Im Vergleich zur obligatorischen Mindestvorsorge nach BVG wurden seit der Einführung des Beitragsprimats im Jahr 2002 die reglementarischen Sparguthaben wie folgt verzinst:

Jahr	Satz für die Verzinsung der minimalen obligatorischen Altersguthaben nach BVG (BVG-Mindestzinssatz)	Satz für die Verzinsung der reglementarischen Sparguthaben (obligatorischer und überobligatorischer Teil)
2002	4 %	4 %
2003	3.25 %	3.25 %
2004	2.25 %	2.25 %
2005	2.5 %	2.5 % (+ 1.0 % Zusatzverzinsung = 3.5 %)
2006	2.5 %	2.5 % (+ 1.0 % Zusatzverzinsung = 3.5 %)
2007	2.5 %	2.5 %
2008	2.75 %	2.75 %
2009	2 %	2 %

3.3 Technischer Zins

Neben dem Zinssatz für die Verzinsung der Sparguthaben der aktiven Versicherten besteht noch ein zweiter, ebenso bedeutender Zinssatz: Der (versicherungs-) technische Zinssatz für die Deckungskapitalien (Vorsorgekapitalien) der Rentner. Er gibt die Mindestverzinsung vor, die auf diesen Kapitalien erforderlich ist.

Der technische Zinssatz steht mit dem Zinssatz für die Verzinsung der Sparguthaben in keinem Zusammenhang. Seine Höhe ergibt sich aufgrund der zur Anwendung gelangenden technischen Grundlagen (bei unserer Kasse zurzeit EVK 2000, 3.5 %). Der technische Zinssatz ist eine langfristig ausgelegte Grösse, die nicht ohne weiteres verändert werden kann. Eine jede Herabsetzung würde eine entsprechende, nicht unbeachtliche Erhöhung der Renten-Deckungskapitalien erfordern. Ausserdem würde es zu einer weiteren Senkung der Umwandlungssätze kommen.

Im Vergleich zum Zinssatz für die Verzinsung der Sparguthaben weist der technische Zinssatz seit dem Jahr 2002 folgende Werte auf:

Jahr	Satz für die Verzinsung der reglementarischen Sparguthaben der aktiven Versicherten	Satz für die Verzinsung der Deckungskapitalien der Rentner (technischer Zins)
2002	4 %	4 %
2003	3.25 %	4 %
2004	2.25 %	4 %
2005	2.5 % (+ 1.0 % Zusatzverzinsung = 3.5 %)	3.5 %
2006	2.5 % (+ 1.0 % Zusatzverzinsung = 3.5 %)	3.5 %
2007	2.5 %	3.5 %
2008	2.75 %	3.5 %
2009	2 %	3.5 %

Es ist damit offensichtlich, dass bei der Verzinsung der Vorsorgekapitalien ein Ungleichgewicht besteht zu Gunsten der Rentner bzw. zu Lasten der aktiven Versicherten. Hätte im Berichtsjahr bei den aktiven Versicherten eine Nullverzinsung der Sparguthaben vorgenommen werden müssen, so wäre dieses Ungleichgewicht noch weiter akzentuiert worden. Zu berücksichtigen ist zudem, dass bei den Rentnern – zusätzlich zur erforderlichen Deckungskapital-Verzinsung in der Höhe des technischen Zinssatzes – noch Mittel von jährlich 0.5 % der Vorsorgekapitalien benötigt werden zur Bildung der technischen Rückstellung für die Zunahme der Lebenserwartung.

3.4 Umwandlungssätze

Auf Beginn des Berichtsjahres wurden die Umwandlungssätze, welche für die Versicherten mit Jahrgang 1950 und jünger massgebend sind, weiter gesenkt (z.B. von bisher 6.80 % auf neu 6.40 % für Alter 65). Für die Versicherten mit Jahrgang 1949 und älter hingegen erfolgte keine Änderung.

In grundsätzlich gleicher Weise wie bei der Verzinsung der Sparguthaben besteht auch bei den Umwandlungssätzen die Möglichkeit zum Vorgehen nach dem Anrechnungsprinzip (vgl. vorstehende Ziff. 3.2). Das heisst, bei Vorsorgeeinrichtungen, die mehr als die gesetzlich obligatorische Mindestvorsorge betreiben, können in der Tat von der gesetzlichen Norm abweichende, tiefere Umwandlungssätze zur Anwendung gelangen, soweit dadurch die erforderliche Garantie der obligatorischen Mindestleistungen nicht in Gefahr gerät.

3.5 Beiträge

Neuerungen wurden im Berichtsjahr auch im Bereich der Arbeitgeberbeiträge wirksam. Als zentrales Element brachten sie für die Versicherten mit Jahrgang 1950 und jünger eine Erhöhung der von der RhB ab Alter 40 zu leistenden (Alters-) Spargutschriften. Die Beitragserhöhung erfolgte in erster Linie zur Kompensation der Auswirkungen verursacht durch die Senkung der Umwandlungssätze (vgl. vorstehende Ziff. 3.4).

3.6 Invaliditätsversicherung

Mit Wirkung ab 1. April des Berichtsjahres zog sich unsere Kasse aus der Versicherung der Berufsinvalidität zurück. Ausschlaggebend dafür waren neben den entsprechenden Verhältnisse bei anderen Pensionskassen vor allem Kostengründe. Versichert bleibt somit nur noch

die Erwerbsinvalidität im Sinne des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IV). Die Möglichkeit zur Ausrichtung von Berufsinvaliditätsleistungen durch die Kasse ist zwar weiterhin gegeben, doch lediglich auf ausdrückliches Begehren von Seiten der RhB als Arbeitgeberin und bei vollständiger Finanzierung durch diese. Die diesbezüglich erforderliche Vereinbarung mit der RhB konnte bisher nicht abgeschlossen werden.

4. Vermögensanlage

4.1 Allgemeines

Stiftungsrat, Anlagekommission und Geschäftsführer teilten sich die Aufgaben der Vermögensanlage ordnungsgemäss im Rahmen der geltenden Zuständigkeits- und Kompetenzregelung. Massgebliche fachliche Unterstützung kam dabei von Seiten des Anlageexperten (Investment-Consultant).

Grundlage für die Anlagetätigkeiten bildete die vom Stiftungsrat am 28. November 2007 beschlossene Anlagestrategie, gültig ab 2008 (vgl. Anhang zur Jahresrechnung). Entsprechend der darin vorgesehenen, schrittweisen Erweiterung der Aktienanlagen erfolgte per Anfang September ein weiteres Mal eine leichte Erhöhung der Aktienquote, und zwar zu Lasten der Obligationen (je zur Hälfte Obligationen CHF und Obligationen Fremdwährungen).

4.2 Anlagebedingungen

a) Wertschriften

Nachdem zu Beginn des Berichtsjahres die Entwicklung an den Aktienmärkten infolge der sich ausweitenden Finanzkrise weiterhin negativ war, setzte Ende des ersten Quartals eine markante Erholung ein, die über den gesamten Jahresverlauf hinweg anhielt. Trotz dieser Erholung war das Jahr geprägt von Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft und die langfristigen Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft. Während sich die Schwankungen der börsengehandelten Titel im Zuge der Markterholung wieder normalisierten, bewegte sich die Marktliquidität über das gesamte Jahr hinweg auf deutlich tieferem Niveau, als dies vor dem Ausbruch der Finanzkrise der Fall war. Dies bekamen insbesondere jene Marktteilnehmer zu spüren, welche in grösserem Umfang in illiquide Marktsegmente und Anlageinstrumente (z.B. Private Equity und Hedge Funds) investiert hatten.

Die Pictet Indizes als Referenzindizes zur Beurteilung der Performance (Rendite) bei der Portfoliobewirtschaftung entwickelten sich wie folgt:

Der *Pictet BVG Index 93* erzielte eine positive Rendite von + 9.61 %. Die Jahresrendite lag damit um + 7.61 %-Punkte klar über der erforderlichen BVG-Mindestverzinsung (BVG-Mindestzins) von + 2.00 % p.a. Die Quartalsrenditen waren wie folgt: Erstes Quartal - 1.39 %, zweites Quartal + 3.72 %, drittes Quartal + 5.74 % und viertes Quartal + 1.35 %.

Die *Pictet BVG Indizes 2000* entwickelten sich, abhängig von ihrer Aktiengewichtung, wie folgt: Pictet BVG Index 25 + 11.74 %, Pictet BVG Index 40 + 15.07 % und Pictet BVG Index 60 + 19.67 %. Die positive Entwicklung an den Aktienmärkten hatte einen starken Einfluss auf den Wertverlauf, insbesondere im zweiten und dritten Quartal.

Die *Pictet BVG Indizes 2005*, welche im Vergleich zu den Pictet BVG Indizes 2000 zusätzlich Ergänzungsanlagen (High Yields, Emerging Markets, Small Caps) sowie alternative Anlage-

kategorien (Immobilien, Hedge Funds, Private Equity) beinhalten, entwickelten sich in folgender Weise: Pictet BVG Index 25 plus + 13.68 %, Pictet BVG Index 40 plus + 17.78 % und Pictet BVG Index 60 plus + 22.98 %. Die Renditen lagen damit über den Renditen der traditionellen Pictet BVG Indizes 2000.

b) *Hypotheken*

Die Zinssätze für Hypotheken werden grundsätzlich in Anlehnung an die Praxis der Graubündner Kantonalbank (GKB) festgelegt.

Die GKB senkte ihre Zinssätze für variable Hypotheken per 1. Februar des Berichtsjahres um ¼ % und per 1. April nochmals um ½ %. In analoger Weise wurden auch bei unserer Kasse die Zinssätze herabgesetzt. Seitdem verrechnet unsere Kasse für variable Hypotheken folgende Sätze:

Destinatäre	1. Rang	2 ½ %
	2. Rang	3 ½ %
Dritte	1. Rang	2 ¾ %
	2. Rang	3 ¾ %

Die Zinssätze für Festhypotheken (fest verzinsliche Darlehen) waren ebenfalls rückläufig. Zudem waren sie den marktbedingten Schwankungen unterworfen. Für kurze Laufzeiten lagen die Zinssätze unter denjenigen der variablen Hypotheken. Von daher ergab sich eine grössere Nachfrage nach Festhypotheken.

Im Übrigen erfolgte die Gewährung von Hypotheken im Rahmen der diesbezüglichen besonderen Richtlinien im Anlagereglement.

c) *Immobilien im Direktbesitz*

Das Mietinteresse war bei allen Objekten erfreulich gut. Die Vermietung war wie im Vorjahr auch während des ganzen Berichtsjahres praktisch zu 100 % möglich (keine Leerstände).

Unterhaltsinvestitionen erfolgten – mit Ausnahme der Immobilie Via Retica 8/10/12 in Samedan – wiederum nur in kleinerem Rahmen (z.B. Erneuerung von Anstrichen und Fussböden bei Mieterwechseln). Bei der Immobilie Via Retica 8/10/12 in Samedan wurde gestützt auf den mehrjährigen Unterhaltsplan mit einem Aufwand von rund CHF 590'000 in einer ersten Etappe eine Sanierung bzw. Erneuerung der Küchen- und Badezimmer vorgenommen. Die Bauarbeiten konnten zur allseitigen Zufriedenheit termingerecht und innerhalb des Kostenvoranschlags abgeschlossen werden. In der Folge wurde per 1. April 2010 eine Mietzinserhöhung im Ausmass von rund 14 % in die Wege geleitet. Die zweite Sanierungsetappe wird im laufenden Jahr 2010 folgen.

Im Zuge einer Bereinigung der Eigentumsverhältnisse erfolgte per Jahresende in grösserem Rahmen ein Immobilientausch mit der RhB (weiteres siehe Anhang zur Jahresrechnung).

4.3 *Anlageergebnis*

a) *Anlageergebnis bei den Wertschriften*

Auf den Wertschriftenanlagen (inkl. Immobilienanteile bei Anlagestiftungen) wurde im Berichtsjahr eine Anlagerendite von durchschnittlich **13.74 %** (Vorjahr - 13.73 %) erzielt.

II. Jahresbericht 2009

Die einzelnen Banken erzielten auf ihren Portfolios folgende Renditen (in Klammern Benchmarkrenditen):

	2009		2008	
Graubündner Kantonalbank (GKB)	13.10 %	(14.62 %)	- 12.42 %	(- 14.56 %)
UBS AG	14.52 %	(14.62 %)	- 14.24 %	(- 14.56 %)
Credit Suisse AG (CS AG)	13.42 %	(14.62 %)	- 14.40 %	(- 14.56 %)
Bank Vontobel AG (Vontobel)	13.99 %	(14.62 %)	- 13.73 %	(- 14.56 %)

Renditen des Berichtsjahres bei den einzelnen Anlagekategorien:

Anlagekategorie	Bench- mark- rendite	Erzielte Rendite				
		Total	GKB	UBS AG	CS AG	Vontobel
Obligationen CHF	6.42 %	5.82 %	6.90 %	6.81 %	4.94 %	4.98 %
Obligationen Fremdwährungen	0.41 %	4.21 %	- 0.70 %	8.34 %	5.68 %	3.65 %
Aktien Schweiz	23.16 %	23.27 %	22.46 %	23.93 %	22.56 %	24.23 %
Aktien Ausland	27.20 %	28.36 %	26.80 %	27.50 %	29.98 %	28.73 %
Immobilien (Anlage- stiftungen/Fonds)	20.51 %	10.25 %	4.77 %	9.45 %	8.12 %	18.02 %
Total	14.62 %	13.74 %	13.10 %	14.52 %	13.42 %	13.99 %

b) *Anlageergebnis bei den übrigen Anlagen*

Auf den übrigen angelegten Vermögenswerten – neben den Wertschriften – wurden im Berichtsjahr nachstehende Renditen erwirtschaftet:

- Hypotheken 2.87 % (Vorjahr 3.25 %)
- Kapitalversicherungen 4.59 % (Vorjahr 4.47 %)
(Festverzinsliche Nominalwertanlagen)
- Immobilien im Direktbesitz 3.90 % (Vorjahr 3.81 %) ¹⁾

1) Weiteres siehe Anhang zur Jahresrechnung

c) *Anlageergebnis insgesamt*

Die Erträge und Gewinne auf dem im gesamten angelegten, mittleren Vermögen erreichten im Berichtsjahr durchschnittlich **9.96 %** (Vorjahr - 9.05 %).

Im Quervergleich mit anderen Pensionskassen darf das erzielte Anlageergebnis – besonders auch bei Berücksichtigung der stark begrenzten Risikofähigkeit unserer Kasse – als durch-

aus gut und zufrieden stellend bezeichnet werden, und zwar in Bezug sowohl auf das Ergebnis bei den Wertschriften allein als auch das Ergebnis insgesamt.

Die Sollrendite gemäss Anlageplan 2009 (erforderliche Mindestrendite zur Erhaltung des Deckungsgrades auf konstantem Niveau) belief sich auf rund 3.4 %. Die darüber hinaus erzielte Mehrrendite trug entscheidend dazu bei, dass die anfangs Jahr bestandene Unterdeckung behoben und die vollständig beansprucht bzw. aufgelöst gewesene Wertschwankungsreserve zum Teil wieder aufgebaut werden konnte.

5. Teuerungsausgleich auf den Renten

In den wenigen Einzelfällen, in denen sich laufende Hinterlassenen- und Invalidenrenten auf der Höhe der obligatorischen Mindestvorsorge nach BVG bewegen, wurden diese Renten nach den geltenden BVG-Vorschriften¹⁾ an die Preisentwicklung angepasst (obligatorischer Renten-Teuerungsausgleich).

Im ausserobligatorischen Bereich sah sich der Stiftungsrat wiederum veranlasst, von einer Rentenanpassung abzusehen, und zwar sowohl für das Berichtsjahr als auch für das laufende Jahr 2010. Die gesetzlichen Bestimmungen (BVG) wie auch die gestützt darauf anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften Swiss GAAP FER 26 lassen Leistungsverbesserungen zu Lasten der Kasse nur beim Vorhandensein freier Mittel zu. Freie Mittel dürfen erst ausgewiesen werden, wenn die erforderlichen technischen Rückstellungen, die nach den Vorgaben des Experten für berufliche Vorsorge bemessen werden müssen, vollständig geäuft sind und die benötigte Wertschwankungsreserve ihre vorbestimmte Zielgrösse erreicht hat (siehe dazu auch Anhang zur Jahresrechnung).

Der Wunsch nach einer Rentenanpassung mag bei den Rentnern zweifellos auf breiter Basis vorhanden und auch berechtigt sein. Doch unsere Kasse verfügt nicht über die erforderlichen freien Mittel, um eine entsprechende Renten-Zusatzleistung bzw. das dafür zusätzlich benötigte Renten-Deckungskapital finanzieren zu können. In erster Linie sind die vorhandenen und verfügbaren finanziellen Mittel zur Sicherung der bestehenden Renten sowie zur Erhaltung der erworbenen Ansprüche der aktiven Versicherten einzusetzen. Die anhaltenden Volatilitäten an den Anlage- und Finanzmärkten lassen es denn auch in jedem Fall ratsam erscheinen, sich konsequent an diese Prioritätenordnung zu halten.

1) Massgebend für das Berichtsjahr:

Bekanntmachung vom 9. Oktober 2008 des Bundesamtes für Sozialversicherung «Anpassung der laufenden BVG-Hinterlassenen- und Invalidenrenten an die Preisentwicklung auf den 1. Januar 2009»

6. Gesetzliche Wohneigentumsförderung

Die Geschäftsvorfälle gemäss dem – heute in das BVG integrierten – Bundesgesetz über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge, in Kraft seit 1. Januar 1995, entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	2009		2008	
	Anzahl	Betrag in CHF	Anzahl	Betrag in CHF
Total	20		14	
Vorbezüge	12	1.725 Mio	12	0.975 Mio
Verpfändungen	6		2	

Vorbezogen werden kann vom Versicherten ein Betrag bis zur Höhe seines Freizügigkeitsguthabens, wobei ab dem erfüllten 50. Altersjahr Einschränkungen bestehen. Verpfändbar ist der Anspruch auf Vorsorgeleistungen oder ein Betrag bis zur Höhe des möglichen Vorbezugs.

7. Informationstätigkeiten

Gegen Ende April des Berichtsjahres erhielten die aktiven Versicherten wie alljährlich einen persönlichen Leistungsausweis mit den aktuellen Leistungs- und Versicherungsdaten zugestellt.

Gegen den Sommer hin wurde im üblichen Rahmen den aktiven Versicherten und den Pensionierten der Geschäftsbericht 2008 zum Bezug angeboten.

Daneben wurden, je nach Situation und Bedürfnissen, Informationen individuell oder kollektiv vermittelt. Wie bereits im Vorjahr wurden im späteren Herbst in Chur und in Samedan, unter der Woche jeweils am Abend, Informationsveranstaltungen durchgeführt. Diese Anlässe, die sowohl an die aktiven Versicherten wie auch an die Rentner gerichtet waren, wurden einmal mehr begrüsst und geschätzt.

Schliesslich wurde der im Vorjahr realisierte, allgemein zugängliche Auftritt unserer Kasse im Internet (www.pkrhb.ch) weiter gepflegt.

8. Berichts- und Rechnungsabnahme

Gestützt auf die Prüfungsergebnisse erteilte der Stiftungsrat in seiner Sitzung vom 24. Juni 2010 dem Jahresbericht und der Jahresrechnung 2009 die vorbehaltlose Genehmigung. Der Geschäftsführer wurde entlastet.

III. Bilanz per 31. Dezember 2009 (in CHF, mit Vorjahreszahlen)

	Anhang Ziffer	2009	2008
AKTIVEN			
Vermögensanlage			
1. Flüssige Mittel, Festgeldanlagen	6.4	8'947'800.02	8'853'147.84
2. Forderungen und Darlehen	6.4	352'233.71	1'456'848.12
3. Anlagen beim Arbeitgeber	6.8.1	28'552.18	60'851.83
4. Hypotheken		77'014'286.13	84'290'924.28
5. Kapitalversicherungen	6.4	1'000'000.00	6'000'000.00
6. Obligationen CHF	6.4	127'744'329.00	117'312'799.00
7. Obligationen Fremdwährungen	6.4	40'496'151.00	34'871'929.00
8. Aktien Schweiz	6.4	65'447'519.00	49'145'809.00
9. Aktien Ausland	6.4	82'516'061.00	59'339'309.00
10. Immobilien	7.1	102'414'924.44	97'055'773.62
Total Vermögensanlage		<u>505'961'856.48</u>	<u>458'387'391.69</u>
Aktive Rechnungsabgrenzung	6.4	1'494'076.55	1'644'974.71
Total Aktiven		<u>507'455'933.03</u>	<u>460'032'366.40</u>
PASSIVEN			
Verbindlichkeiten			
Freizügigkeitsleistungen und Renten		988'079.60	262'875.15
Andere Verbindlichkeiten		515'934.04	503'133.92
Kapital für Rentenzuschüsse FAV RhB	7.2	916'145.00	1'030'425.00
Total Verbindlichkeiten		<u>2'420'158.64</u>	<u>1'796'434.07</u>
Passive Rechnungsabgrenzung		1'367'567.45	764'435.30
Arbeitgeber-Beitragsreserve	6.8.2	13'773'172.75	8'018'907.05
Hilfskasse			
Dr. A. von Planta-Stiftung		55'045.10	50'059.20
Hilfsfonds		2'064'454.66	1'893'583.81
Total Hilfskasse	3.3	<u>2'119'499.76</u>	<u>1'943'643.01</u>
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen			
Sparguthaben aktive Versicherte	5.2.1	207'944'015.70	197'859'490.30
Sparguthaben Invalide	5.2.2	3'543'708.15	5'131'044.20
Deckungskapital Rentner	5.4	244'036'377.00	248'170'225.00
Technische Rückstellungen	5.8	21'442'217.50	20'806'951.10
Total Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen		<u>476'966'318.35</u>	<u>471'967'710.60</u>
Wertschwankungsreserve	6.3	10'809'216.08	0.00
Stiftungskapital, Unterdeckung			
Stand zu Beginn der Periode (Passivenüberschuss)		-24'458'763.63	0.00
Ertrags- / Aufwandüberschuss		24'458'763.63	-24'458'763.63
Unterdeckung am Ende der Periode	5.9	<u>0.00</u>	<u>-24'458'763.63</u>
Total Passiven		<u>507'455'933.03</u>	<u>460'032'366.40</u>

IV. Betriebsrechnung 2009 (in CHF, mit Vorjahreszahlen)

	Anhang Ziffer	2009	2008
Versicherungsteil			
Beiträge der Versicherten	3.2	6'898'123.10	6'684'595.25
Beiträge des Arbeitgebers	3.2	9'746'036.30	8'526'922.95
Einmaleinlagen und Einkäufe Versicherte		507'000.00	329'934.10
Einlagen in Arbeitgeber-Beitragsreserve	6.8.2	5'361'050.35	0.00
Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen		22'512'209.75	15'541'452.30
Freizügigkeitseinlagen		4'462'992.75	3'984'669.36
Einzahlungen Vorbezüge / Ehescheidungen		104'000.00	269'190.30
Übrige Eintrittsleistungen		0.00	54'303.25
Eintrittsleistungen		4'566'992.75	4'308'162.91
Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen		27'079'202.50	19'849'615.21
<hr/>			
Altersrenten		-13'681'213.00	-13'243'614.75
Alters-Kinderrenten		-28'987.20	-29'581.90
AHV-Ersatzrenten (rückzahlbar)		-748.20	4'651.80
Alters-Kapitalabfindungen		-573'284.25	-1'020'276.40
Witwen-/Ehegattenrenten		-5'223'254.80	-5'116'218.90
Waisenrenten		-44'602.10	-53'754.65
Hinterlassenen-Kapitalabfindungen		0.00	0.00
Invalidenrenten		-3'105'966.35	-3'299'962.15
Rückvergütung von IV-Ersatzrenten		0.00	12'677.05
Berufsinvalidenrenten		-52'451.05	-46'479.00
Zusätzliche Invalidenrenten / IV-Ersatzrenten		-85'098.80	-109'605.40
Invaliden-Kinderrenten		-35'066.95	-45'458.85
Sparbeiträge auf Sparkapital Invalide	5.2.2	-148'992.60	-178'612.80
Reglementarische Leistungen		-22'979'665.30	-23'126'235.95
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt (Überweisungen)		-3'219'751.45	-3'933'110.40
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt (Barzahlungen)		-87'630.80	-379'440.05
Vorbezüge Wohneigentumsförderung		-1'725'000.00	-974'800.00
Übertragungen bei Ehescheidung		-481'152.15	-683'775.45
Austrittsleistungen, Vorbezüge		-5'513'534.40	-5'971'125.90
Abfluss für Leistungen und Vorbezüge		-28'493'199.70	-29'097'361.85
<hr/>			
Auflösung (+) / Bildung (-) Sparguthaben aktive Vers.	5.2.1	-6'214'075.35	4'397'579.85
Auflösung (+) / Bildung (-) Sparguthaben Invalide	5.2.2	1'820'288.25	-307'123.05
Auflösung (+) / Bildung (-) Deckungskapital Rentner	5.4	4'133'848.00	-3'866'979.00
Auflösung (+) / Bildung (-) technische Rückstellungen	5.8	-635'266.40	268'264.60
Verzinsung Sparguthaben	5.2	-3'954'409.65	-5'408'966.30
Auflösung (+) / Bildung (-) Arbeitgeber-Beitragsreserve	6.8.2	-4'657'697.35	1'464'016.00
Auflösung / Bildung von Vorsorgekapitalien / technischen Rückstellungen		-9'507'312.50	-3'453'207.90
Beitrag Sicherheitsfonds BVG		-129'560.70	-125'384.40
Versicherungsaufwand		-129'560.70	-125'384.40
Netto-Ergebnis aus Versicherungsteil (Übertrag)		-11'050'870.40	-12'826'338.94

IV. Betriebsrechnung 2009 (in CHF, mit Vorjahreszahlen)

	Anhang Ziffer	2009	2008
Netto-Ergebnis aus Versicherungsteil (Hertrag)		-11'050'870.40	-12'826'338.94
Nettoertrag Flüssige Mittel, Festgeldanlagen		28'119.23	135'857.49
Nettoertrag Anlagen beim Arbeitgeber		7'427.85	9'291.40
Nettoertrag Hypotheken	6.7.1	2'312'658.70	2'756'157.35
Nettoertrag Kapitalversicherungen		160'550.00	302'000.00
Nettoertrag Obligationen CHF	6.7.2	6'948'604.33	7'649'721.40
Nettoertrag Obligationen Fremdwährungen	6.7.3	1'805'662.48	909'215.75
Nettoertrag Aktien Schweiz	6.7.4	12'805'757.15	-21'491'783.45
Nettoertrag Aktien Ausland	6.7.5	18'307'715.66	-36'532'986.49
Nettoertrag Immobilien	6.7.6	6'281'438.98	3'045'278.27
Zinsbelastung (+) / -gutschrift (-) Arbeitg.-Beitragsres.	6.8.2	-1'096'568.35	902'921.90
Zinsbelastung (+) / -gutschrift (-) Hilfskassenkapital		-193'586.85	195'077.90
Verwaltungsaufwand der Vermögensanlage		-635'487.64	-682'386.73
Nettoergebnis aus Vermögensanlage		46'732'291.54	-42'801'635.21
Ertrag aus erbrachten Leistungen		9'337.30	5'397.10
Verwaltungsaufwand	7.3	-65'958.73	-90'287.76
Bildung Kapital für Rentenzuschüsse FAV RhB zu Lasten Arbeitgeber-Beitragsreserve	7.4	-356'820.00	-659'570.00
Zinsbelastung (-) / -gutschrift (+) Dr. A. von Planta-Stift.		4'985.90	-4'981.15
Zinsbelastung (-) / -gutschrift (+) Hilfsfonds		188'600.95	-190'096.75
Gehalts-/Rentenkürzungen bei Unfall-Entscheidigungen		233.90	401.00
Andere Erträge		0.00	726.74
Leistungen und Zuschüsse		-17'964.00	-17'964.00
Nettoergebnis Hilfskasse		175'856.75	-211'914.16
Übertrag Nettoergebnis Hilfskasse		-175'856.75	211'914.16
Ertrags- (+) / Aufwandüberschuss (-) vor Bildung / Auflösung Wertschwankungsreserve		35'267'979.71	-56'372'434.81
Verrechnung (-) Unterdeckung		-24'458'763.63	0.00
Auflösung (+) / Bildung (-) Wertschwankungsreserve	6.3	-10'809'216.08	31'913'671.18
Ertrags- (+) / Aufwandüberschuss (-)		0.00	-24'458'763.63

1. Grundlagen und Organisation

1.1 Rechtsform und Zweck

Die «Pensionskasse der Rhätischen Bahn», nachfolgend Kasse genannt, ist eine Stiftung im Sinne von Art. 80 ff. des Zivilgesetzbuches (ZGB), Art. 331 des Obligationenrechts (OR) sowie Art. 48 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG).

Die Kasse bezweckt die berufliche Vorsorge im Rahmen des BVG und seiner Ausführungsbestimmungen für die Arbeitnehmer der Rhätischen Bahn AG (RhB) und der angeschlossenen Arbeitgeber sowie für deren Angehörige und Hinterlassene gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität. Der Anschluss eines Arbeitgebers erfolgt auf Grund einer schriftlichen Anschlussvereinbarung.

Die Kasse kann über die gesetzlichen Mindestleistungen (obligatorische Vorsorge) hinaus weitergehende Vorsorge betreiben.

Zur Erreichung ihres Zwecks kann die Kasse Versicherungsverträge abschliessen oder in bestehende Verträge eintreten, wobei sie selbst Versicherungsnehmerin und Begünstigte zu sein hat.

1.2 Registrierung BVG und Sicherheitsfonds

Die Kasse ist – mit Wirkung ab 1. Januar 1996 – unter der Nummer GR 0066 eingetragen im Register für die berufliche Vorsorge des Kantons Graubünden (vorher beim Bundesamt für Verkehr unter der Nummer C3.0005).

Die Kasse ist dem Sicherheitsfonds BVG angeschlossen.

1.3 Angabe der Urkunde und Reglemente

- Urkunde Stiftungsurkunde
 entsprechend Verfügung vom 19. Oktober 2006
- Vorsorgereglement Vorsorgereglement
 (Versicherung, Beiträge und Leistungen)
 gültig ab 1. Januar 2006, Stand 1. April 2009
 Zusatzreglement zum Vorsorgereglement
 gültig ab 1. April 2009
- Organisationsreglement Organisationsreglement
 gültig ab 1. Januar 2006 bzw. ab 19. Oktober 2006
 nach Anpassung der Stiftungsurkunde
- Anlagereglement Anlagereglement
 gültig ab 9. Dezember 2005, Stand 27. November 2008
- Teilliquidations- und Teilliquidations- und Rückstellungsreglement
 Rückstellungsreglement gültig ab 9. Dezember 2005

Die Änderungen und Nachträge sind im jeweiligen Erlass einzeln verzeichnet.

1.4 Paritätisches Führungsorgan / Zeichnungsberechtigung

Siehe vorstehender Berichtsteil «Kassenleitung, Investment-Consulting, Kontrolle und Aufsicht» (Randziffer I).

1.5 Experten, Revisionsstelle, Berater, Aufsichtsbehörde

Siehe vorstehender Berichtsteil «Kassenleitung, Investment-Consulting, Kontrolle und Aufsicht» (Randziffer I).

1.6 Angeschlossene Arbeitgeber

1.6.1 Stifterfirma

Rhätische Bahn AG (RhB), Chur

1.6.2 Weitere angeschlossene Arbeitgeber

Keine.

Bezüglich Anschlüsse von weiteren Arbeitgebern waren im Berichtsjahr keine Änderungen zu verzeichnen.

Kommt es zum Anschluss eines Arbeitgebers, so erfolgt dies durch eine schriftliche Anschlussvereinbarung, die der Aufsichtsbehörde und der Stifterfirma sowie den angeschlossenen Arbeitgebern zur Kenntnis zu bringen ist.

2. Aktive Versicherte und Rentner

2.1 Aktive Versicherte

	31. Dezember 2009 Anzahl	31. Dezember 2008 Anzahl
Bestand	1'335	1'297
Vollversicherung	1'315	1'272
• Männer	1'166	1'131
• Frauen	149	141
Risikoversicherung	20	25
• Männer	8	15
• Frauen	12	10

2.2 Rentner

	31. Dezember 2009 Anzahl	31. Dezember 2008 Anzahl
Bestand (ohne Kinder und Waisen)	943	955
Invalidenrenten	160	173
Invaliden-Kinderrenten	20	25
Bezüger von Invalidenrenten mit zusätzlicher Invalidenrente/IV-Ersatzrente	(16)	(17)
Altersrenten	432	430
Alters-Kinderrenten	4	5
Witwen- / Ehegattenrenten	351	352
Waisenrenten	19	16

3. Art der Umsetzung des Zwecks

3.1 Erläuterung Vorsorgeplan

Die Altersleistungen beruhen auf dem Beitragsprimat (seit 1. Januar 2002), die Risikoleistungen im Todes- und Invaliditätsfall auf dem Leistungsprimat. Die obligatorische Mindestvorsorge nach BVG ist im Vorsorgeplan mit enthalten (sog. BVG-umhüllender Plan).

Die Altersrente berechnet sich in Prozenten (Umwandlungssatz) des Sparguthabens, das der/die Versicherte beim Rentenbeginn erworben hat. Seit Anfang des Jahres 2009 sind in Abhängigkeit vom Jahrgang und vom Lebensalter des/der Versicherten (in Jahren und Monaten) generell folgende Umwandlungssätze anwendbar:

Renten- beginn	Jahrgang					
	1944	1945	1946	1947	1948	1949
Alter 65	7.05	7.00	6.95	6.90	6.85	6.80
Alter 64	6.95	6.90	6.85	6.80	6.75	6.70
Alter 63		6.80	6.75	6.70	6.65	6.60
Alter 62			6.65	6.60	6.55	6.50
Alter 61				6.50	6.45	6.40
Alter 60					6.35	6.30

Renten- beginn	Jahrgang					
	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Alter 65	6.70	6.60	6.50	6.40	→	
Alter 64	6.60	6.50	6.35	6.20	→	
Alter 63	6.50	6.35	6.20	6.05	→	
Alter 62	6.35	6.20	6.05	5.95	→	
Alter 61	6.25	6.10	5.95	5.80	→	
Alter 60	6.15	6.00	5.85	5.70	→	

Im Vergleich zur Regelung bis Ende 2008 werden damit die Umwandlungssätze für die Versicherten mit Jahrgang 1950 und jünger in vier jährlichen Teilschritten weiter gesenkt.

Anstelle einer Rente können die Altersleistungen auf Gesuch hin bis höchstens zur Hälfte in Form einer Kapitalabfindung bezogen werden.

Die Invalidenrente beträgt grundsätzlich 60 Prozent des versicherten Lohnes im Zeitpunkt des Eintritts des Vorsorgefalles; sie darf jedoch nicht höher sein als die voraussichtliche Altersrente, die dem/der Versicherten für das Alter 65 in Aussicht steht. Der Anspruch auf Invalidenrente dauert längstens bis zum Alter 65. Ab diesem Zeitpunkt besteht Anspruch auf die Altersrente auf der Basis des (zu Lasten der Kasse) weiterhin geäußerten Sparguthabens.

Die Ehegattenrente für den überlebenden Ehepartner im Fall des Todes des/der Versicherten beläuft sich auf zwei Drittel der anwartschaftlichen oder bezogenen Invalidenrente oder, falls eine Altersrente bezogen wurde, zwei Drittel der Altersrente. Per-

sonen, die in gesetzlich eingetragener Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare leben, sind den Ehegatten gleichgestellt.

Der versicherte Lohn entspricht dem massgebenden Jahreslohn vermindert um einen Koordinationsabzug. Höhe des Koordinationsabzuges:

33 1/3 Prozent des massgebenden Jahreslohnes, jedoch

- mindestens 66 2/3 Prozent der jährlichen maximalen AHV-Altersrente und
- höchstens sieben Achtel der jährlichen maximalen AHV-Altersrente

(Jährliche maximale AHV-Altersrente: Ab 2009 CHF 27'360)

Im Minimum hat der versicherte Lohn einen Achtel der jährlichen maximalen AHV-Altersrente (ab 2009 CHF 3'420) zu betragen; erreicht er diesen Wert nicht, so wird er entsprechend erhöht.

Bei Teilzeitbeschäftigung wird der versicherte Lohn im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad festgelegt.

Die Lohnschwelle, ab welcher die Aufnahme in die Versicherung obligatorisch zu erfolgen hat, liegt bei drei Vierteln der jährlichen maximalen AHV-Altersrente (ab 2009 CHF 20'520).

3.2 Finanzierung, Finanzierungsmethode

Die versicherungstechnische Finanzierung erfolgt nach dem so genannten Kapitaldeckungsverfahren. Die Einnahmen sind:

- die Spargutschriften (Sparbeiträge) und Risikobeiträge (Risikoprämien) des Arbeitgebers und der Versicherten;
- die von den Versicherten beim Eintritt in die Kasse eingebrachten Freizügigkeitsleistungen (Austrittsleistungen früherer Vorsorgeeinrichtungen);
- die von den Versicherten selbst bezahlten Einkaufssummen; sowie
- die Erträge aus dem angelegten Kassenvermögen.

Die jährlichen Spargutschriften und die Risikobeiträge sind abhängig vom Alter des/der Versicherten. Sie erreichen folgende Prozentsätze des versicherten Lohnes:

A. Zu Lasten Arbeitgeber (RhB)

a. Gemäss Vorsorgereglement

1. Versicherte mit Jahrgang 1950 und jünger

Alter	Spargutschrift	Risikobeitrag	Gesamtbeitrag
18-21	--	1.25	1.25
22-29	5.00	2.00	7.00
30-34	5.50	2.00	7.50
35-39	6.50	2.00	8.50
40-44	9.00	2.00	11.00
45-49	11.50	2.00	13.50
50-54	14.25	2.00	16.25
55-60	16.75	2.00	18.75
61-62	16.75	2.00	18.75
63-65	16.75	2.00	18.75

2. Versicherte mit Jahrgang 1949 und älter

Alter	Spargutschrift	Risikobeitrag	Gesamtbeitrag
60	7.75	2.00	9.75
61-62	7.75	2.00	9.75
63-65	5.00	2.00	7.00

b. Gemäss Zusatzreglement zum Vorsorgereglement (massgebend für die unter dieses Reglement fallenden Versicherten)

1. Versicherte mit Jahrgang 1950 und jünger

Alter	Spargutschrift	Risikobeitrag	Gesamtbeitrag
40-44	14.00	2.00	16.00
45-49	16.50	2.00	18.50
50-54	19.25	2.00	21.25
55-62	21.75	2.00	23.75

2. Versicherte mit Jahrgang 1949 und älter

Alter	Spargutschrift	Risikobeitrag	Gesamtbeitrag
60	20.25	2.00	22.25
61-62	17.25	2.00	19.25

B. Zu Lasten Versicherte (Arbeitnehmer der RhB)

Gemäss Vorsorgereglement (massgebend für alle Versicherten)

Alter	Spargutschrift	Risikobeitrag	Gesamtbeitrag
18-21	--	1.25	1.25
22-29	5.00	2.00	7.00
30-34	5.50	2.00	7.50
35-39	6.50	2.00	8.50
40-44	7.00	2.00	9.00
45-49	7.50	2.00	9.50
50-54	7.75	2.00	9.75
55-60	7.75	2.00	9.75
61-62	7.75	2.00	9.75
63-65	5.00	2.00	7.00

Gegenüber der Regelung bis Ende 2008 sind seit Anfang 2009 die von der RhB im Rahmen des Vorsorgereglements zu leistenden Spargutschriften für die Versicherten mit Jahrgang 1950 und jünger teilweise erhöht (in der Bandbreite zwischen 1 Pro-

zentpunkt ab Alter 40 und 11.75 Prozentpunkten ab Alter 63). Die zu Lasten der Versicherten gehenden Spargutschriften hingegen sind ohne Veränderung geblieben. Auch bei den Risikobeiträgen ist sowohl für die RhB wie für die Versicherten keine Änderung erfolgt. Die Spargutschriften, welche die RhB im Rahmen des Zusatzreglements zum Vorsorgereglement aufzubringen hat, gelten seit der Inkraftsetzung dieses Reglements, d.h. seit 1. April 2009.

Die RhB überweist die Arbeitgeber- und Versichertenbeiträge jeweils monatlich der Kasse.

3.3 Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit

Unter dem Titel «Hilfskasse» unterhält die Kasse ausserhalb der eigentlichen Vorsorge einen Sozialhilfefonds. Daraus können Bedürftige mit Ermessensleistungen (einschl. Darlehen) unterstützt werden. Der Fonds finanziert sich aus den Vermögenserträgen und aus Zuwendungen.

4. Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit

4.1 Bestätigung über Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26

Die Buchführung, Bilanzierung und Bewertung erfolgt nach den Vorschriften des OR und des BVG. Die Jahresrechnung, die aus der Bilanz, der Betriebsrechnung und dem Anhang besteht, vermittelt die tatsächliche finanzielle Lage im Sinne der Gesetzgebung über die berufliche Vorsorge und entspricht den geltenden Fachempfehlungen zur Rechnungslegung Swiss GAAP FER 26.

4.2 Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze

Per 31. Dezember 2009 gelangten nachstehende Bewertungsgrundsätze zur Anwendung.

4.2.1 Wertschriften

Obligationen, Aktien usw. (inkl. Anrechte Anlagestiftungen/Fonds) werden zu Kurswerten (Marktwerten) per Bilanzstichtag bilanziert. Die daraus entstehenden realisierten und nicht realisierten Kursgewinne und -verluste werden erfolgswirksam als Nettoertrag aus Wertschriften verbucht.

4.2.2 Fremdwährungsumrechnung

Erträge und Aufwendungen in Fremdwährungen werden zu den jeweiligen Tageskursen oder, wenn solche fehlen, zu den monatlichen Durchschnittskursen umgerechnet. Aktiven und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen sowie Devisentermingeschäfte werden zu Jahresendkursen bewertet. Die daraus entstehenden Kursgewinne und -verluste werden erfolgswirksam verbucht.

4.2.3 Hypothekendarlehen

Die Bilanzierung der Hypothekendarlehen (Aktivhypotheken) erfolgt zum Nominalwert unter Abzug betriebswirtschaftlich notwendiger Wertberichtigungen.

Die Anrechte Anlagestiftungen werden zum Kurswert bilanziert, wobei Abweichungen des Kurswertes vom Buchwert erfolgswirksam verbucht werden.

4.2.4 Immobilien

Die Immobilien (Liegenschaften) im Direktbesitz werden zum Ertragswert bilanziert, wobei für die Bewertung der Objekte die DCF- (Discounted-Cash-Flow-) Methode zur Anwendung gelangt.

Die Bewertung unvollendeter Objekte im Bau erfolgt zu den aufgelaufenen Baukosten.

Bei absehbarer Veräusserung von Objekten werden die geschätzten Verkaufskosten und Steuern zurückgestellt. Verkaufsgewinne oder -verluste werden bei Vertragsabschluss dem Netto-Ertrag aus Immobilien zugerechnet.

Die Bilanzierung der Anrechte Anlagestiftungen/Fonds erfolgt zum Kurswert, wobei Abweichungen des Kurswertes vom Buchwert erfolgswirksam verbucht werden.

4.2.5 Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen

Die Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen werden jährlich unter Beizug des Experten für berufliche Vorsorge nach anerkannten Grundsätzen und auf der Basis von allgemein zugänglichen technischen Grundlagen ermittelt.

4.2.6 Wertschwankungsreserve

Die Wertschwankungsreserve wird für die den Vermögensanlagen zugrunde liegenden marktspezifischen Risiken gebildet, um die nachhaltige Erfüllung der Leistungsversprechen zu unterstützen. Die im Rahmen der Anlagestrategie ab 2008 festgelegte Zielgrösse beträgt 15.0 Prozent des im gesamten angelegten Vermögens.

(Vgl. nachstehende Ziff. 6.3.)

4.2.7 Übrige Aktiven und Passiven

Die Bilanzierung der übrigen Aktiven und Passiven erfolgt zu Nominalwerten.

4.3 Änderungen von Grundsätzen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung

Keine.

5. Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad

5.1 Art der Risikodeckung, Rückversicherungen

Die Kasse ist eine autonome Vorsorgeeinrichtung. Sie trägt sowohl das Risiko des Alters (Langleberisiko) als auch die Risiken Tod und Invalidität selbst. Rückversicherungsverträge bestehen zur Zeit keine.

5.2 Entwicklung und Verzinsung Sparguthaben

5.2.1 Sparguthaben aktive Versicherte

	2009 CHF	2008 CHF
Sparguthaben am 1. Januar	197'859'490	196'979'943
Bildung		
- Spargutschriften Versicherte	5'368'442	5'199'008
- Spargutschriften Arbeitgeber	8'222'827	7'049'509
- Eintrittsleistungen Versicherte	4'462'993	3'984'669
- Einmaleinlagen und Einkäufe Versicherte	507'000	329'934
- Rückzahlungen Vorbezüge Wohneigentumsförderung, Übertragungen bei Ehescheidung	104'000	269'190
- Zuweisung von Rückstellung für Übergangsregelung / Besitzstand (Zusatzgutschriften)	163'783	263'081
- Diverse Mutationen	3'438	2'995
Auflösung		
- Alters-Kapitalabfindungen	- 573'284	- 1'020'276
- Austrittsleistungen	- 3'307'382	- 4'312'551
- Vorbezüge Wohneigentumsförderung	- 1'725'000	- 974'800
- Übertragungen bei Ehescheidung	- 481'152	- 683'775
- Neuberentungen (Pensionierungen):		
-- Zuweisung an Deckungskapital Rentner	- 6'290'261	- 13'871'866
-- Zuweisung an Sparguthaben Invalide	- 241'328	- 416'647
- Abfluss zu Gunsten Betriebsrechnung (infolge Todesfällen)	0	- 216'052
Zinsgutschriften	3'870'450	5'277'128
Sparguthaben am 31. Dezember ¹⁾	207'944'016	197'859'490

Der Zinssatz für die Verzinsung der Sparguthaben wird vom Stiftungsrat aufgrund der Ertragslage der Kasse festgelegt. Er entspricht mindestens dem Zinssatz nach BVG

1) In den Sparguthaben mit enthalten sind folgende Ergänzungen auf den Mindestanspruch bei Austritt aus der Vorsorgeeinrichtung gemäss Artikel 17 des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz, FZG): 31. Dez. 2009 CHF 6 / 31. Dez. 2008 CHF 2'097

bzw. Artikel 12 BVV 2. Vorbehalten bleibt eine ausserordentliche Minder- oder Nullverzinsung bei notwendiger Kassensanierung (vgl. nachstehende Ziff. 9).

Im Jahr 2009 wurde das Sparguthaben zu 2.0 Prozent verzinst (im Vorjahr 2.75 Prozent).

5.2.2 Sparguthaben Invalide

	2009 CHF	2008 CHF
Sparguthaben am 1. Januar	5'131'044	4'514'899
Bildung		
- Zuweisung zu Lasten Betriebsrechnung (Sparbeiträge)	148'991	178'613
- Zuweisung von Sparguthaben aktive Versicherte (infolge Neuberentungen)	241'328	399'666
- Eintrittsleistungen Invalide	0	33'644
Auflösung		
- Zuweisung an Deckungskapital Rentner (infolge Übergang von Invaliden- zu Altersrenten im Alter 65)	- 1'745'150	- 122'328
- Zuweisung an Deckungskapital Rentner (infolge Hinschied von Invaliden vor Alter 65 und Beginn Anspruch auf Hinterlassenenrenten)	- 316'465	0
- Diverse Mutationen	0	- 5'289
Zinsgutschriften	83'960	131'839
Sparguthaben am 31. Dezember	3'543'708	5'131'044

Diese Position weist das Sparguthaben aus, welches bei Bezügern von Invalidenrenten bis zum Alter 65 weiter zu äufnen ist für die Finanzierung der in diesem Alter anstelle der Invalidenrente tretenden Altersrente (vgl. vorstehende Ziff. 3.1). Die Führung der Sparkonti und die Verzinsung des Sparguthabens erfolgen gleich wie bei den aktiven Versicherten (siehe vorstehende Ziff. 5.2.1).

5.3 Summe Altersguthaben nach BVG

	31. Dezember 2009 CHF	31. Dezember 2008 CHF
Total (gemäss Schattenrechnung)	113'410'652	106'535'312
Mindestzins nach BVG	2.0 %	2.75 %

5.4 Entwicklung des Deckungskapitals für Rentner

	2009 CHF	2008 CHF
Deckungskapital am 1. Januar	248'170'225	244'303'246
Bildung		
- Zuweisung von Sparguthaben aktive Versicherte (infolge Neuberentungen)	6'290'261	13'871'866
- Zuweisung von Sparguthaben Invalide (infolge Übergang von Invaliden- zu Altersrenten im Alter 65)	1'745'150	122'328
- Zuweisung von Sparguthaben Invalide (infolge Hinschied von Invaliden vor Alter 65 und Beginn Anspruch auf Hinterlassenenrenten)	316'465	0
- Zuweisung von Rückstellung für Zunahme Lebenserwartung aktive Versicherte (infolge Anwendung reglementarisch höherer Umwandlungssätze als versicherungstechnisch erforderlich)	506'460	1'134'894
- Einkäufe Rentenleistungen Arbeitgeber	333'201	760'355
- Eintrittsleistungen Rentner	0	20'659
- Zunahme durch Veränderung der Grösse und/oder Struktur des Rentnerbestandes (aufgrund versicherungstechnischer Berechnung)	9'080'995	10'062'836
Auflösung		
- Abfluss durch Ausrichtung von reglementarischen Rentenleistungen gemäss Betriebsrechnung	- 22'406'380	- 22'105'959
Deckungskapital am 31. Dezember	244'036'377	248'170'225

Zusammensetzung des Deckungskapitals am 31. Dezember	2009 CHF	2008 CHF
Barwert laufende Renten	201'941'530	205'670'965
- Invaliden- und Altersrenten	155'189'457	157'839'006
- Witwen-/Ehegattenrenten	44'842'257	45'733'849
- Waisenrenten	565'454	500'259
- Zusätzliche Invalidenrenten / IV-Ersatzrenten	910'567	949'118
- Kinderrenten an Invaliden- und Altersrentner	433'795	648'733
Barwert Anwartschaft der Rentner	42'094'847	42'499'260
- Altersrenten an Invalide (Beitragsbefreiung)	757'767	732'031
- Ehegattenrenten	41'337'080	41'767'229
- Waisenrenten	0	0
- Sterbegelder	0	0

5.5 Versicherungstechnische Expertenbestätigung

Die Firma Hewitt Associates SA (vgl. vorstehende Ziff. 1.5) hält jährlich im Rahmen eines besonderen Bestätigungsberichts ihre Feststellungen zur Situation der Kasse aus versicherungstechnischer Sicht fest.

Gemäss den Feststellungen per 31. Dezember 2009

- weist die Kasse zu diesem Zeitpunkt einen Aktivenüberschuss im Betrag von CHF 10.81 Mio. aus und damit einen Deckungsgrad nach Artikel 44 BVV 2 von 102.27 %,
- bietet somit die Kasse nach Artikel 53 Absatz 2 BVG die Sicherheit, dass sie alle ihre Verpflichtungen erfüllen kann,
- entsprechen die reglementarischen versicherungstechnischen Bestimmungen über die Leistungen und die Finanzierung den derzeit geltenden gesetzlichen Vorschriften.

5.6 Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen

Technische Grundlagen	EVK 2000
Technischer Zinssatz	3.5 Prozent
Technische Rückstellungen	Gemäss nachstehenden Ziffern 5.7 und 5.8

5.7 Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen

Im Hinblick auf künftige Änderungen der technischen Grundlagen (nächste Änderung voraussichtlich ab dem Jahr 2010) wird ein (Deckungskapital-) Zuschlag für die Zunahme der Lebenserwartung der Rentner berechnet. Dieser Zuschlag wird jährlich um 0.5 Prozent der Position «Deckungskapital Rentner» erhöht. Die entsprechenden Mittel bilden die Position «Rückstellung Zunahme Lebenserwartung Rentner» (siehe nachstehende Ziff. 5.8).

5.8 Technische Rückstellungen

	31. Dezember 2009 CHF	31. Dezember 2008 CHF
Total Rückstellungen	21'442'218	20'806'951
a. Rückstellung für Zunahme der Lebenserwartung der aktiven Versicherten	4'553'328	5'059'787
b. Rückstellung für Zunahme der Lebenserwartung der Rentner	9'765'000	8'690'000
c. Rückstellung für Übergangsregelung/ Besitzstand	4'479'030	4'642'813
d. Rückstellung für Invalidierungen	2'544'860	2'314'351
e. Rückstellung für ausserordentliche Kapitalzahlungen	100'000	100'000

Erläuterungen:

Zu a:

Diese Rückstellung ist insbesondere bestimmt zur Ausfinanzierung der im Zeitpunkt der Pensionierung entstehenden Finanzierungsverluste beim Renten-Deckungskapital infolge der Differenz zwischen den Umwandlungssätzen gemäss den anwendbaren technischen Grundlagen und den reglementarisch höheren Umwandlungssätzen¹⁾. Über die Zielgrösse der Rückstellung entscheidet der Stiftungsrat unter Beizug des Experten für berufliche Vorsorge.

Zu b:

Diese Rückstellung wird gemäss vorstehender Ziffer 5.7 geäuft. Sie erreichte am Ende des Berichtsjahres die Höhe von rund 4.0 Prozent (Vorjahr rund 3.5 Prozent) des Deckungskapitals der Rentner. Die bis zum Jahr 2010 angestrebte Zielgrösse der Rückstellung beträgt 4 - 5 Prozent des Deckungskapitals der Rentner.

Zu c:

Diese Rückstellung steht im Zusammenhang mit dem Primatwechsel (Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat) vom 1. Januar 2002 und wurde damals gebildet. Sie dient der Finanzierung der Übergangsmassnahmen (individuelle Gewährung von zusätzlichen Spargutschriften) gemäss Vorsorgereglement Art. 51.

Zu d:

Diese Rückstellung umfasst die von der RhB bereitgestellten Mittel, welche grundsätzlich bestimmt sind zur Deckung allfälliger Finanzierungslücken durch Invaliditätsfälle, die über das Mass der erwarteten Invalidisierungshäufigkeit hinausgehen.

Gemäss Vereinbarung mit der RhB vom 28. Mai 2002 sind die Mittel dieser Rückstellung zum Durchschnittssatz der erzielten effektiven Rendite auf dem angelegten Kassenvermögen zu

1) Alter	Reglementarische Umwandlungssätze		Umwandlungssätze gemäss technischen Grundlagen EVK 2000, 3.5 %, Männer
	Jahr 2009	Zielwert (ab Jahrgang 1953)	
65	7.05 % *	6.40 %	6.53 %
64	6.90 %	6.20 %	6.38 %
63	6.75 %	6.05 %	6.23 %
62	6.60 %	5.95 %	6.09 %
61	6.45 %	5.80 %	5.97 %
60	6.30 %	5.70 %	5.84 %

* Mindestumwandlungssatz BVG

verzinsen (2008: 9.96 % / 2008: - 9.05 %). Dies bedeutet, dass die RhB auch an einer allfälligen Minusrendite partizipiert (wie 2008 mit - 9.05 % der Fall).

Zu e:

Diese Rückstellung dient zur Deckung von Eventualverpflichtungen, welche der Kasse durch die Geltendmachung von in der Vergangenheit nicht abgeholten Freizügigkeitsguthaben entstehen können.

5.9 Deckungsgrad nach Artikel 44 BVV 2

	31. Dezember 2009 CHF	31. Dezember 2008 CHF
Aktiven (Bilanzsumme)	507'455'933	460'032'366
- Verbindlichkeiten	- 2'420'159	- 1'796'434
- Passive Rechnungsabgrenzung	- 1'367'567	- 764'435
- Arbeitgeber-Beitragsreserve	- 13'773'173	- 8'018'907
- Nicht-technische Rückstellungen	0	0
- Hilfskasse	- 2'119'500	- 1'943'643
Vorsorgevermögen netto (Vv)	487'775'534	447'508'947
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen (Vk)	476'966'318	471'967'711
Vermögensfehlbetrag (-) / -überschuss (+) (Vv - Vk)	10'809'216	-24'458'764
Deckungsgrad (Vk in % von Vv)	102.27 %	94.82 %

Ergänzende Ausführungen siehe nachstehende Ziffer 9.

6. Erläuterungen zu Vermögensanlage und Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage

6.1 Organisation Anlagetätigkeit, Anlagereglemente

Die Führungsorganisation im Bereich der Vermögensbewirtschaftung umfasst drei Ebenen. Oberstes Entscheidungs- und Aufsichtsorgan ist der Stiftungsrat. Die zentralen Steuerungs-, Koordinations- und Überwachungsfunktionen obliegen der Anlagekommission, die sich zusammensetzt aus Mitgliedern des Stiftungsrates und dem Geschäftsführer mit beratender Stimme. Als ausführende Stelle für den Stiftungsrat und die Anlagekommission wirkt der Geschäftsführer. Die Organisation der Vermögensanlage, die Aufgaben und die Kompetenzen sind im Anlagereglement festgelegt. Beratung und Unterstützung erhalten Stiftungsrat, Anlagekommission und Geschäftsführer vom unabhängigen Anlageexperten.

Anlagereglement (einschliesslich Richtlinien über die Gewährung von Hypothekendarlehen)	Gemäss Beschluss des Stiftungsrates vom 9. Dezember 2005, gültig ab dem gleichen Zeitpunkt (Stand 27. November 2008; Anpassung an BVV 2 erfolgt)
Anlagestrategie	Gemäss Beschluss des Stiftungsrates vom 28. November 2007, gültig ab dem Jahr 2008; weiteres siehe nachste- hende Ziffer 6.4
Anlageplan (Umsetzung der Anlagestrategie)	Gemäss Beschluss des Stiftungsrates vom 27. November 2008, gültig für das Jahr 2009
Global Custodian	--
Bankverbindungen / Depotstelle(n)	Graubündner Kantonalbank UBS AG Credit Suisse AG Bank Vontobel AG
Vermögens-Verwaltungsmandat(e)	Graubündner Kantonalbank (Verträge vom 23. Dezember 2008 und 14. September 2009) UBS AG (Vertrag vom 23. Februar 2007; Anhang 1 vom 23. Dezember 2008 und 14. September 2009) Credit Suisse AG (Vertrag vom 9. März 2007; Anhang 1 angepasst am 30. Dezember 2008 und 14. September 2009) Vontobel Asset Management AG (Vertrag vom 22. Dezember 2008; Anlage- instruktionen vom 22. Dezember 2008 und 14. September 2009)
Immobilien-Verwaltung	Rhätische Bahn AG, Fachbereich Immobilien

6.2 Inanspruchnahme Erweiterungen der Anlagemöglichkeiten (Art. 50 Abs. 4 BVV 2¹⁾)

Das Anlagereglement (vgl. vorstehende Ziff. 1.3 und 6.1) sieht vor, dass Erweiterungen der Anlagemöglichkeiten im Sinne von Art. 50 Abs. 4 BVV 2 in Anspruch genommen werden können.

Per 31. Dezember 2009 bestehen keine Anlagen im Sinne von Art. 50 Abs. 4 BVV 2.

1) In Kraft seit 1. Januar 2009 (anstelle vorheriger Art. 59)

6.3 Zielgrösse und Berechnung Wertschwankungsreserve

	2009 CHF	2008 CHF
Reserve am 1. Januar	0	31'913'671
Bildung (+) zu Lasten / Auflösung (-) zu Gunsten Betriebsrechnung	10'809'216	- 31'913'671
Reserve am 31. Dezember	10'809'216	0
Zielgrösse der Wertschwankungsreserve	75'894'278	68'758'109
Reservedefizit	65'085'062	68'758'109
Vermögensanlagen (zu effektiven Werten)	505'961'856	458'387'392
Vorhandene Wertschwankungsreserve in Prozent der Vermögensanlagen	2.14 %	0 %
Zielgrösse Wertschwankungsreserve in Prozent der Vermögensanlagen	15.0 %	15.0 %

Die Wertschwankungsreserve soll sicherstellen, dass die für das Erreichen der langfristigen Renditeziele notwendigerweise einzugehenden Anlagerisiken von der Kasse getragen werden können. Die Zielgrösse der Wertschwankungsreserve ist abhängig von den Risiko- und Ertragseigenschaften der Anlagestrategie, vom angestrebten Sicherheitsniveau und vom Betrachtungshorizont. Im Rahmen der neuen Anlagestrategie für die Zeit ab dem Jahr 2008 (vgl. vorstehende Ziff. 6.1) wurde die Zielgrösse auf vorderhand 15 Prozent des angelegten Vermögens festgelegt. Grundlage dazu bildete das Ergebnis einer «Asset Liability Management»- (ALM-) Studie von ECOFIN AG aus dem Jahr 2007.

Solange die Wertschwankungsreserve unter der Zielgrösse liegt, ist die anlagepolitische Risikofähigkeit der Kasse entsprechend eingeschränkt und die weitere Bildung bzw. der Wiederaufbau der Reserve hat prioritär zu erfolgen. Voraussetzung für die Mittelzuweisung an die Wertschwankungsreserve ist allerdings, dass der Deckungsgrad (vgl. vorstehende Ziff. 5.9) mindestens 100 Prozent beträgt.

Ergänzende Ausführungen siehe nachstehende Ziffer 9.

6.4 Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien

	31. Dezember 2009		Strategie	
	CHF	%	Struktur 2009 %	Bandbreiten %
Flüssige Mittel, Festgeldanlagen	8'975'352.20	1.77	2.0	0 - 6.0
Direkte Anlagen CHF	8'179'496.80			
Direkte Anlagen Fremdwäh.	795'855.40			
Forderungen, aktive Rechnungsabgrenzung	1'846'310.26	0.36	1.0	
Hypotheken	77'015'286.13	15.18	17.0	14.0 - 20.0
Direkte Anlagen	77'014'286.13			
Kapitalversicherungen¹⁾, Obligationen Schweiz	75'895'112.00	14.96		14.0 - 42.0
Kapitalversicherungen	1'000'000.00	0.20	17.0	
Obligationen Schweiz				
Direkte Anlagen	23'818'101.00			
Indirekte Anlagen ^{2), 3)}	51'077'011.00			
Obligationen Ausland CHF	52'849'217.00	10.41	9.0	
Direkte Anlagen	5'008'750.00			
Indirekte Anlagen ^{2), 3)}	47'840'467.00			
Obligationen Ausland Fremdwährungen	40'496'151.00	7.98	8.0	2.0 - 10.0
Direkte Anlagen	8'598'783.00			
Indirekte Anlagen ²⁾	31'897'368.00			
Aktien Schweiz	65'447'519.00	12.90	11.5	8.5 - 14.5
Direkte Anlagen	14'418'985.00			
Indirekte Anlagen ²⁾	51'028'534.00			
Aktien Ausland	82'516'061.00	16.26	14.5	11.5 - 17.5
Direkte Anlagen	11'185'966.00			
Indirekte Anlagen ²⁾	71'330'095.00			
Immobilien	102'414'924.44	20.18	20.0	17.0 - 23.0
Direkte Anlagen	58'253'000.00			
Indirekte Anlagen ²⁾	44'161'924.44			
Total Aktien	147'963'580.00	29.16	26.0	20.0 - 32.0
Total Fremdwährungen⁴⁾	123'808'067.40	24.40	22.5	13.5 - 27.5
Total Vermögen	507'455'933.03	100.00	100.0	

Einzuhaltende Begrenzungen siehe folgende Seite.

1) Festverzinsliche Nominalwertanlagen

2) Anlagestiftungen / Fonds

3) Fonds gemischt mit in- und ausländischen Schuldnern

4) Obligationen Fremdwährungen: Seit Anfang 2009 Hauptwährungen gegenüber dem CHF abgesichert

Nach BVV 2 (Art. 55) gelten seit 1. Januar 2009 für die einzelnen Anlagekategorien bezogen auf das Gesamtvermögen folgende Begrenzungen:

- 50 % für Anlagen in Hypotheken
- 50 % für Anlagen in Aktien
- 30 % für Anlagen in Immobilien, wovon maximal ein Drittel im Ausland
- 30 % für Anlagen in Fremdwährungen ohne Absicherung

6.5 Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente

Per 31. Dezember 2009				
Devisentermin- geschäfte	Nicht realisierte Kursfolge CHF	Engagement Erhöhung CHF	Engagement Reduktion CHF	Underlying CHF
Kauf EUR	0	0		
Kauf USD	0	0		
Kauf GBP	0	0		
Kauf JPY	0	0		
Verkauf EUR	190'285		9'862'688	28'071'059
Verkauf USD	17'080		3'411'340	44'370'249
Verkauf GBP	- 14'990		1'694'297	8'429'686
Verkauf JPY	139'829		2'975'939	10'483'459
Total	332'204	0	17'944'264	91'354'453

Die das Engagement reduzierenden Positionen in der Gesamthöhe von CHF 17'944'264 sind durch die Vermögensbestände in Fremdwährungen (Flüssige Mittel, Obligationen Fremdwährungen, Aktien Ausland) gedeckt.

Per 31. Dezember 2008

Keine.

Die im Jahre 2009 getätigten Devisentermingeschäfte erfolgten zum Zweck der Währungsabsicherung, wie sie die Anlagestrategie seit Jahresbeginn für die Obligationen Fremdwährungen vorsieht.

6.6 Marktwert und Vertragspartner Wertpapiere unter securities lending

Soweit die Vermögensanlage durch die bestehenden Vermögensverwaltungs-Mandate (vgl. vorstehende Ziff. 6.1) Dritten übertragen ist, ist die Wertpapierausleihe bei den direkten Anlagen grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Ausleihungen haben sich nach den jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen zu richten. Vorbehalten bleiben zudem Ausleihungen durch Anlagestiftungen, Fonds usw. im Rahmen von indirekten Anlagen.

6.7 Erläuterung Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage

6.7.1 Nettoertrag Hypotheken

	2009 CHF	2008 CHF
Total	2'312'659	2'756'157
Zinsertrag Hypotheken an Destinatäre	1'250'464	1'505'298
Zinsertrag Hypotheken an Dritte	1'062'195	1'250'859

6.7.2 Nettoertrag Obligationen CHF

	2009 CHF	2008 CHF
Total	6'948'604	7'649'721
Zinsertrag	3'358'886	4'168'745
Realisierte Kursgewinne (+) / -verluste (-)	- 99'761	170'927
Nicht realisierte Kursgewinne (+) / -verluste (-)	3'689'479	3'310'049

6.7.3 Nettoertrag Obligationen Fremdwährungen

	2009 CHF	2008 CHF
Total	1'805'662	909'216
Zinsertrag	937'894	1'296'062
Realisierte Kursgewinne (+) / -verluste (-)	540'619	59'814
Nicht realisierte Kursgewinne (+) / -verluste (-)	327'149	- 446'660

6.7.4 Nettoertrag Aktien Schweiz

	2009 CHF	2008 CHF
Total	12'805'757	- 21'491'783
Dividendenertrag	1'502'697	1'467'059
Realisierte Kursgewinne (+) / -verluste (-)	358'625	- 436'369
Nicht realisierte Kursgewinne (+) / -verluste (-)	10'944'435	- 22'522'473

6.7.5 Nettoertrag Aktien Ausland

	2009 CHF	2008 CHF
Total	18'307'716	- 36'532'986
Dividendenertrag	2'128'731	2'371'893
Realisierte Kursgewinne (+) / -verluste (-)	879'847	- 2'105'466
Nicht realisierte Kursgewinne (+) / -verluste (-)	15'299'138	- 36'799'413

6.7.6 Nettoertrag Immobilien

	2009 CHF	2008 CHF
Total	6'281'439	3'045'278
Immobilien im Direktbesitz:		
- Nettoertrag	2'274'270	2'219'354
Anteile Anlagestiftungen/Fonds:		
- Ausschüttungen	282'329	1'075'330
- Realisierte Kursgewinne (+) / -verluste (-)	186'685	46'162
- Nicht realisierte Kursgewinne (+) / -verluste (-)	3'538'155	- 295'568

Bei den Immobilien im Direktbesitz ist das Ergebnis des Nettoertrags in wesentlichem Masse beeinflusst auch durch die getätigten Unterhalts- und Erneuerungsinvestitionen (im Rechnungsjahr insbesondere 1. Etappe Küchen- und Bädersanierung Immobilie Via Retica 8/10/12, Samedan).

6.7.7 Performance der Vermögensanlagen

	2009 CHF	2008 CHF
Performance auf Gesamtvermögen	9.96 %	- 9.05 %
Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen	48'022'466	- 43'899'635
Total Vermögensanlagen am 1. Januar	458'387'392	512'136'515
Total Vermögensanlagen am 31. Dezember	<u>505'961'856</u>	<u>458'387'392</u>
Vermögensanlagen im Jahresdurchschnitt	482'174'624	485'261'953

Die im Rechnungsjahr im Vergleich zum Vorjahr erfreulich positive Performance ist grösstenteils zurückzuführen auf die allgemein wieder nach vorne bzw. aufwärts gerichteten Trends an den Aktien- und Finanzmärkten.

6.8 Erläuterungen der Anlagen beim Arbeitgeber und der Arbeitgeber-Beitragsreserve

6.8.1 Anlagen beim Arbeitgeber

	31. Dezember 2009 CHF	31. Dezember 2008 CHF
Total	28'552	60'852
Guthaben Kontokorrent	27'552	59'852
Grundpfandgesichertes Darlehen	1'000	1'000

Die von der RhB geleisteten Grundpfand-Sicherheiten erreichten am Ende des Rechnungsjahres den Gesamtwert von 5.02 (Vorjahr 8.81) Mio CHF.

6.8.2 Stand und Entwicklung Arbeitgeber-Beitragsreserve

	2009 CHF	2008 CHF
Reserve am 1. Januar	8'018'907	10'385'845
Bildung		
- Einlage Arbeitgeber	5'361'050	0
- Zinsgutschrift zu Lasten Betriebsrechnung (2009: 9.96 % / 2008: 0 %)	1'096'568	0
Auflösung		
- Entnahme für zusätzliche Leistungen nach Art. 31 Vorsorgereglement:		
-- Zu Gunsten Deckungskapital Rentner	- 333'200	- 760'355
-- Zu Gunsten Rückstellung für Zunahme der Lebenserwartung der Rentner	- 13'332	- 44'091
- Entnahme zu Gunsten Kapital für Renten- zuschüsse FAV RhB	- 356'820	- 659'570
- Zinsbelastung zu Gunsten Betriebsrechnung (2009: 0 % / 2008: - 9.05 %)	0	- 902'922
Reserve am 31. Dezember	13'773'173	8'018'907

Gemäss Vereinbarung mit der RhB vom 28. Mai 2002 sind die Mittel dieser Reserve zum Durchschnittssatz der erzielten effektiven Rendite auf dem angelegten Kassenvermögen zu verzinsen. Dies bedeutet, dass die RhB auch an einer allfälligen Minusrendite partizipiert.

7. Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung

7.1 Immobilien

	31. Dezember 2009 CHF	31. Dezember 2008 CHF
Total	102'414'924	97'055'774
Immobilien im Direktbesitz	58'253'000	58'253'000
Anrechte Anlagestiftungen/Fonds	44'161'924	38'802'774

Im Zuge einer beiderseitigen Bereinigung der Eigentumsverhältnisse vereinbarte die Kasse mit der RhB – mit Eigentumsübergang per 31. Dezember 2009 – zu Marktwerten (d.h. zu total je CHF 7'648'000) einen Immobilientausch.

Die Immobilien im Direktbesitz im Einzelnen:

	Baujahr	Anzahl Wohnungen/ Studios	Bilanzwert per 31. Dezember 2009 CHF
Arosa, Seeblickstrasse ¹⁾	1973	19	0.00
Chur, Barblanstrasse 21/23/25	1962	24	5'647'000.00
Chur, Belmontstrasse 4	1964	26	6'300'000.00
Davos Dorf, Bahnhofgebäude ¹⁾	1978	9	0.00
Davos Platz, «Büelenhorn» ²⁾	1970/71	24	5'648'000.00
Davos Platz, «Jakobshorn»	1992	27	9'592'000.00
Ilanz, «Sorts»	2005/06	14	4'521'000.00
Landquart, Montalinstrasse 1 ³⁾	1970	12	2'836'000.00
Pontresina, «Pros da God» ⁴⁾	1986	27	6'250'000.00
Samedan, Via Retica 8/10/12	1975	24	5'270'000.00
Samedan, Bahnhofgebäude, Via Retica 18 ¹⁾	1985	17	0.00
Samedan, Via Retica 4/6/6A/14	1996/97	36	10'539'000.00
Samedan, Via Veglia 3 (Ariefa) ²⁾	1970	9	1'650'000.00

1) Abtretung an RhB per 31. Dezember 2009 (bis dahin Stockwerkeigentum)

2) Übernahme von RhB per 31. Dezember 2009

3) Übernahme Grundstück von RhB per 31. Dezember 2009 (bis dahin Grundstück im Baurecht)

4) Grundstück im Baurecht

7.2 Kapital für Rentenzuschüsse FAV RhB

	31. Dezember 2009 CHF	31. Dezember 2008 CHF
Total	916'145	1'030'425

Diese Position beinhaltet das Restkapital für die Finanzierung der laufenden monatlichen Rentenzuschüsse gemäss Firmenarbeitsvertrag (FAV) RhB, Anhang VI Zif-

fer 18 Absatz 3, sowie gegebenenfalls analogen anderen Regelungen. Die temporär bis zum gesetzlichen AHV-Rentenalter zahlbaren Rentenzuschüsse werden durch die Kasse ausgerichtet; sie bilden jedoch keine Leistung nach dem Vorsorgeplan der Kasse. Die benötigten Mittel werden im Einzelfall jeweils von der RhB bereitgestellt und seit dem Jahr 2004 der Kasse gesamthaft vorschüssig überwiesen oder anderweitig verfügbar gemacht (siehe hierzu auch nachstehende Ziff. 7.4).

7.3 Verwaltungsaufwand

	2009 CHF	2008 CHF
Experte und Kontrollstelle	53'170	65'705
Aufsichtsbehörde	10'000	10'000
Infrastruktur	38'000	38'000
Entschädigungen, Honorare, Löhne	443'763	430'557
Weiterbildung	8'578	15'393
Allgemeiner Verwaltungsaufwand	<u>20'771</u>	<u>25'750</u>
Total	574'282	585'405
Übernahme durch RhB	- 508'323	- 495'117
Anteil zu Lasten Kasse	65'959	90'288

Verwaltungskosten pro Destinatär (bzw. pro Kopf):

Total Verwaltungskosten ohne Kosten für Vermögensbewirtschaftung (kasseninterner Aufwand)	CHF 508'422	CHF 517'021
Anzahl aktive Versicherte	1'335	1'297
Anzahl Rentner (ohne Kinder und Waisen)	<u>943</u>	<u>955</u>
Total aktive Versicherte und Rentner	2'278	2'252
Verwaltungskosten pro aktiver Versicherter / Rentner	CHF 223	CHF 230

Zum Vergleich: Der von der Swisscanto im Rahmen der Studie «Schweizer Pensionskassen 2009» ermittelte Durchschnittswert liegt bei CHF 325.--.

7.4 Bildung Kapital für Rentenzuschüsse FAV RhB zu Lasten Arbeitgeber-Beitragsreserve

	2009 CHF	2008 CHF
Total	356'820	659'570

Diese Position beinhaltet diejenigen Mittel, welche – auf Veranlassung der RhB – der Arbeitgeber-Beitragsreserve zu Gunsten der Betriebsrechnung entnommen wurden zur Bildung des benötigten Kapitals für die Finanzierung der laufenden monatlichen Rentenzuschüsse gemäss Firmenarbeitsvertrag (FAV) RhB, Anhang VI Ziffer 18 Absatz 3, sowie gegebenenfalls auch analogen anderen Regelungen (vgl. vorstehende Ziff. 7.2).

8. Auflagen der Aufsichtsbehörde

Die Aufsichtsbehörde hat am 22. Juli 2009 (Datum der Verfügung) von der Berichterstattung über das Rechnungsjahr 2008 Kenntnis genommen. Aufgrund der Situation, dass bis zum 31. Dezember 2008 der Deckungsgrad der Kasse unter 100 Prozent gesunken war und entsprechende Gegenmassnahmen zur Wiederherstellung und Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts der Kasse ins Auge gefasst und umgesetzt werden mussten (vgl. nachstehende Ziff. 9), forderte die Aufsichtsbehörde den Stiftungsrat auf, die Wirksamkeit dieser Massnahmen zu überwachen und bei neuen Voraussetzungen die Massnahmen zu überprüfen und allenfalls anzupassen.

9. Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage

Mit einem nach den Vorschriften von Art. 44 Abs. 1 BVV 2 berechneten versicherungstechnischen Deckungsgrad von 102.27 Prozent kann die Kasse per 31. Dezember 2009 wieder eine mehr als 100-prozentige Deckung ausweisen (vgl. vorstehende Ziff. 5.9). Demgegenüber stand am 31. Dezember 2008 der Deckungsgrad bei noch 94.82 Prozent, was eine entsprechende Unterdeckung bedeutete.

Bedingt durch die Finanzkrise entwickelten sich im Jahre 2008 die Anlageerträge und damit der Deckungsgrad sehr negativ. Aufgrund dessen wurde gegen Jahresende hin beschlossen, ab Anfang 2009 die Sparguthaben der aktiven Versicherten, einschliesslich Sparguthaben der Invaliden, solange nicht mehr (bzw. zum Satz von Null) zu verzinsen, als der Deckungsgrad 100 Prozent nicht übersteigt.

Nachdem sich ab Frühjahr 2009 die Situation an den Aktien- und Finanzmärkten zum Besseren gewendet hatte, kam es zusehends zur Erholung des Deckungsgrades. Als schliesslich davon ausgegangen werden konnte, dass per 31. Dezember 2009 der Deckungsgrad auch bei ordentlicher Verzinsung der Sparguthaben wieder mehr als 100 Prozent erreichen würde, wurde auf den vorerwähnten Nullverzinsungsbeschluss vom Vorjahr zurückgekommen und die Nullverzinsung rückgängig gemacht. Sämtliche Sparguthaben, nachträglich auch diejenigen der im Verlaufe des Jahres 2009 bereits pensionierten Versicherten, wurden im reglementarischen Rahmen verzinst (vgl. vorstehende Ziff. 5.2).

Stiftungsrat und Geschäftsführung sind sich bewusst, dass die Verzinsung der Sparguthaben auf Kosten des ebenfalls unabdingbar notwendigen (Wieder-) Aufbaus der Wertschwankungsreserve (vgl. vorstehende Ziff. 6.3) erfolgt ist. Der Vorrang für die Verzinsung liegt darin begründet, dass bei einem Deckungsgrad von über 100 Prozent eine Null- oder allenfalls Minderverzinsung der Sparguthaben von den Versicherten – wenn überhaupt – allgemein nur schwer verstanden würde. Eine Begründung kann zudem durchaus auch in rechtlichen Überlegungen gefunden werden.

Parallel zum Nullverzinsungsbeschluss vom Jahre 2008 wurde auch beschlossen, die anwendbaren Umwandlungssätze schrittweise weiter zu senken. Die entsprechende Regelung steht seit Anfang 2009 in Kraft (vgl. vorstehende Ziff. 3.1). Diese wird sich längerfristig positiv auf die finanzielle Lage der Kasse auswirken.

10. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Keine.



PricewaterhouseCoopers AG
Gartenstrasse 3
Postfach
7001 Chur
Telefon +41 58 792 66 00
Fax +41 58 792 66 10
www.pwc.ch

Bericht der Kontrollstelle
an den Stiftungsrat der
Pensionskasse der Rhätischen Bahn
Chur

Als Kontrollstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang), Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten der Pensionskasse der Rhätischen Bahn für das am 31. Dezember 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr auf ihre Rechtmässigkeit geprüft.

Für die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten ist der Stiftungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Schweizer Prüfungsstandards, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlansagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung und der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wird beurteilt, ob die rechtlichen bzw. reglementarischen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen sowie die Vorschriften über die Loyalität in der Vermögensverwaltung eingehalten sind. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten dem schweizerischen Gesetz, der Stiftungsurkunde und den Reglementen.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

PricewaterhouseCoopers AG

Andreas Brunold
Revisionsexperte
Leitender Revisor

Hans Ulrich Wehrli
Revisionsexperte

Chur, 12. Mai 2010

Beilage:

- Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang)

VII. Statistik

Summe der versicherten Löhne

	31. Dezember 2009 CHF	31. Dezember 2008 CHF
Total	77'242'816	74'175'999
Vollversicherte	76'566'428	73'447'746
Risikoversicherte	676'388	728'253

Bestehende Rentenansprüche

(Summe der laufenden Jahresrenten)

	31. Dezember 2009 CHF	31. Dezember 2008 CHF
Total	22'524'660	22'645'688
Altersrenten	13'630'776	13'524'432
Invalidenrenten	3'305'381	3'558'768
Zusätzliche Invalidenrenten / IV-Ersatzrenten	152'335	159'752
Witwen- / Ehegattenrenten	5'288'700	5'243'208
Waisenrenten	76'260	66'900
Alters- und Invaliden-Kinderrenten	71'208	92'628

Rückzahlbare Überbrückungs- / AHV-Ersatzrenten nicht berücksichtigt

Durchschnittliches Lebensalter

	31. Dezember 2009 Anzahl Jahre	31. Dezember 2008 Anzahl Jahre
Bezüger(innen) von Altersrenten	74.3	74.2
Bezüger(innen) von Invalidenrenten	68.4	68.0
Bezüger(innen) von Witwen- / Ehegattenrenten	79.3	78.7